



„Deutschland: Stabilitätsanker oder Land im Umbruch?“

Pierre Monnet rekurrierte in seinem Eingangsstatement zunächst auf die Diskussion vom 12. Juni zu den Wahlen in Frankreich und stellte zur Debatte, inwieweit in Deutschland ähnliche Umwälzungen denkbar wären. Hélène Miard-Delacroix, die im Wintersemester 2016/2017 die Alfred-Grosser-Professur für Bürgergesellschaftsforschung am Fachbereich 03 der Goethe-Universität inne hatte, wies zunächst darauf hin, dass sich seit ihrem stadttöffentlichen Vortrag im Rahmen der Gastprofessur im Januar 2017 die Situation in Frankreich gravierend verändert habe. Damals hatte sie gegenläufige Entwicklungstendenzen der Parteienlandschaft in Deutschland und Frankreich in zweierlei Hinsicht herausgestellt: während in Deutschland das Gravitationszentrum der parteipolitischen Positionierung die politische „Mitte“ sei, so gäbe es in Frankreich traditionell eine solche Mitte nicht. Daraus resultiere im deutschen Parteiensystem eine zunehmende Fragmentierung an den Rändern des ideologischen Spektrums, wohingegen in Frankreich das klassische rechts-links Cleavage vorherrsche. Nun aber habe sich diese Situation umgekehrt - in Frankreich gäbe es plötzlich ein gemäßigtes Angebot einer neu etablierten politischen Mitte, in Deutschland sei die Fragmentierungstendenz stark abgeschwächt. Sigrid Roßteutscher betonte in ihrer Analyse zunächst die Auswirkungen des Verhältnis- und Mehrheitswahlrechtes auf die Parteienlandschaft - das Ergebnis hätte völlig anders ausgesehen, wenn es in Frankreich nur einen Wahldurchgang gegeben hätte. Unter der Oberfläche der Stabilität sei in Deutschland in vielerlei Hinsicht ein gravierender Wandel des Wählerverhaltens zu beobachten. So

bewegten sich noch vor einem Jahr die Umfragewerte der AfD im Zuge der Flüchtlingskrise im zweistelligen Bereich. Mittlerweile, so die Prognose von Roßteutscher, sei es durchaus vorstellbar, dass der Einzug der AfD in den Bundestag an der Fünf-Prozent-Hürde scheitere.

Moderator und Disputantinnen waren sich darin einig, dass dem deutsch-französischen Tandem in der aktuellen Europapolitik eine zentrale Rolle zukomme. Miard-Delacroix verwies auf die veränderte Konstellation zum Einen im Außenverhältnis mit einer geschwächten transatlantischen Achse unter der Administration Trump, zum Anderen im Innenverhältnis zwischen den EU-Mitgliedstaaten mit dem Wegfall des britischen Partners und den Schwierigkeiten etwa im Verhältnis zu Polen. Sie verwies auf ein verändertes Deutschlandbild, das Präsident Macron in die französische Debatte einbringe. Er hatte sich im Wahlkampf klar abgesetzt von Deutschland- und Europa-kritischen Tönen seiner Kontrahenten, und spricht von Deutschland als einem Partner und natürlichen Verbündeten, statt an den etablierten Diskurs von Deutschland als wirtschaftliches Vorbild oder als Hegemon in Europa anzuknüpfen. Zudem betont er die Notwendigkeit wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen in Frankreich. Roßteutscher setzte hier an und verwies auf die Verquickung innerstaatlicher Reformen in Frankreich und der deutschen Bereitschaft, auf französische Vorschläge in der Europapolitik einzugehen. Vorausgesetzt, dass Macron liefere, könne man in Deutschland den Willen zur Veränderung auf europäischer Ebene nicht ignorieren. Es sei aber noch nicht ausgemacht, dass es nicht letztendlich doch zu einer südeuropäischen Allianz innerhalb der Eurozone kommt, falls zwischen Deutschland und Frankreich keine Einigung hergestellt werden kann. Monnet erörterte die Möglichkeit eines neuen Elysée-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich, während Miard-Delacroix keinen Bedarf für ein neues Vertragswerk sah, vielmehr sollten vorhandene Instrumente mit Entschiedenheit genutzt werden.

Anlass für rege Diskussion gaben Unterschiede im Wählerverhalten, der Positionierung der Parteien und der innerparteilichen Entscheidungsprozesse. Wahlexpertin Roßteutscher, die sich in ihrer Forschung intensiv mit den Erklärungsfaktoren für Wahlenthaltung befasst, betonte die sozioökonomischen und demographischen Determinanten des Wahlverhaltens: es sind junge und sozioökonomisch nicht-privilegierte Schichten, die nicht zur Wahl gehen. Daraus, so habe politikwissenschaftliche Forschung zu den Inhalten bundesdeutscher Politik gezeigt (bezugnehmend auf den Beitrag von Forschern um Prof. Dr. Armin Schäfer zum Armutsbericht der Bundesregierung), resultiere auch eine Politik für Privilegierte. Nicht nur innerhalb der Wählerschaft, auch zwischen Parteieneliten und Wahlvolk tue sich eine enorme soziale Kluft auf, die dem Muster in Frankreich mit seinen Elitehochschulen im Ergebnis sehr nahe komme. Der Anstieg der Wahlenthaltung unter jungen Wählerinnen und Wähler gebe Anlass zur Sorge, und führt zu einer gravierenden Erosion. In der Tendenz sei eine steigende Wahlenthaltung zu beobachten, auch wenn in den letzten Landtagswahlen und womöglich auch bei den bevorstehenden Bundestagswahlen eine leichte Stabilisierung beobachtbar war bzw. zu erwarten ist. Bezüglich der Positionierung der Parteien stellte Roßteutscher einen "Ruck" in die politische Mitte und nach links heraus, der rechts der CDU/CSU einen unbesetzten programmatischen Raum geschaffen habe. Abgesehen vom "Ausfallschritt nach rechts" durch die CSU hätte sich infolgedessen für die AfD eine historische Chance aufgetan, sich zu etablieren. Entscheidend für den elektoralen Erfolg der AfD, so Roßteutscher, sei das

Verhalten von drei potentiellen Wählergruppen: zum Einen die unentschlossenen Wählerinnen und Wähler, die mit dem Angebot etablierter Parteien unzufrieden sind. Hier ist eine Wählerwanderung etwa von den Piraten zur AfD zu beobachten; zum Zweiten die klassischen Protestwähler, die aus Unzufriedenheit mit der eigenen Partei eine radikalere Alternative wählen. Hierunter fallen z.B. diejenigen, die mit dem Kurs Merkels, etwa in der Flüchtlingspolitik unzufrieden sind; zum Dritten die tatsächlichen "Gesinnungstäter", die aus Überzeugung rechts wählen. Wenn genügend Wählerinnen und Wähler aus den ersten beiden Kategorien sich doch für ein anderes Angebot entschieden, so ihre Prognose, könnte es für die AfD erdenklich knapp werden. Eine Vorwahl gemäß dem französischen Vorbild mit einer Beteiligung auch außerhalb der Parteimitgliedschaft sei aufgrund der grundgesetzlich verankerten Position bundesdeutscher Parteien hierzulande nicht vorstellbar, ebensowenig gäbe es eine Diskussion um das zahlenmäßig unbedeutende Phänomen ungültiger Stimmen ("vote nul et blanc" in Frankreich).

Ein besonderes Augenmerk der vergleichenden Analyse lag auf der Positionierung und dem elektoralen Erfolg rechtspopulistischer Parteien. Roßteutscher sah den wesentlichen Unterschied darin, dass die AfD nach wie vor überwiegend männliche Wähler anspreche und mit dem lauten Provozieren derzeit vor allem einen rechten Kern anspreche, während der Front National (FN) in Frankreich salonfähig geworden sei. Die AfD verliere derzeit zunehmend moderate Wählerschichten durch den programmatischen Rechtsruck. Miard-Delacroix betonte in ihrer Analyse, dass der FN durch einen gemäßigten programmatischen Kurs unter Marine Le Pen zunehmend für weibliche und junge Wählerinnen und Wähler attraktiv wurde. Zudem hätte der Bedeutungsverlust der französischen kommunistischen Partei zum Aufstieg des FN beigetragen. Marine Le Pen hätte es geschafft, sich vom harten Kurs ihres Vaters Jean-Marie Le Pen zu distanzieren und sich als Frau und "Marine" zu positionieren, zudem hätte sie ein breites Angebot gemacht, das neben rechtsextremen Traditionen auch linkspopulistische Positionen aufgreift. Roßteutscher zog das Fazit, dass die Politikverdrossenheit in beiden Ländern vergleichbar hoch sei, wies aber auch darauf hin, dass polarisierende Angebote wie das der AfD zu einer Politisierung der Debatte beitragen und sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken können.

Die Leitung des interdisziplinären Lehrprojektes zum „Superwahljahr“ in Frankreich und Deutschland liegt bei Valérie Kuhlmann (Fachbereich 10) und Prof. Dr. Sandra Eckert (Fachbereich 03). Die EuropaDialoge werden organisiert am Forschungskolleg Humanwissenschaft (Leitung Prof. Dr. Matthias Lutz-Bachmann) und am Deutsch-Französischen Institut der Geschichts- und Sozialwissenschaften (Leitung Prof. Dr. Pierre Monnet).